65. Jahrgang. № 217. Dienstag, 10. Mai 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Kinder: Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. | Anzeigen-Preise. Die 11spalt. 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen usw. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. Ausw. u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahlg. — Einzelnummer 30 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Café Hülfert
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

Große Möbel-Ausstellung
Altmarkt Korb & Co. Herzfeldhaus

ERNST LANGE
Koffer- und Taschenfabrik
jetzt: Pirnaischer Platz Tel. 19170 und 16254

Was wird aus dem Ultimatum?

Die Beratungen der Parteien.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin 9. Mai. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat heute abend zu einer Sitzung zusammen, die ebenso wie die vorherigen einen rein informatorischen Charakter trug. Zu diesem Zwecke hatten außer den Mitgliedern des Ausschusses auch alle anderen Abgeordneten Zutritt, für die aber ebenfalls das Schweigegebot galt. Neben dem Reichskanzler und dem Außenminister Dr. Simons nahmen fast sämtliche Mitglieder des Kabinetts an der Sitzung teil. Die erläuternden vertraulichen Ausführungen zum Ultimatum der Entente, namentlich des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Mayer, und des Staatssekretärs Bergmann, deckten sich im allgemeinen mit den Ausführungen, die diese Herren schon am Nachmittag in der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien im Reichsjustizministerium gemacht hatten. Zu Beschlußfassungen irgendwelcher Art kam es nicht.

Berlin, 9. Mai. Im Reichstag verlautete heute nach der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses, daß mit einer Annahme des Ultimatums zu rechnen sei. Auch wollte man davon wissen, daß die Besprechung der Reichsregierung mit dem bayrischen Ministerpräsidenten v. Kahr hinsichtlich der Auflösung der Einwohnerwehren nicht ohne Erfolg verlaufen sei.

Die Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei währte zunächst von abends 6 Uhr bis nach ½11 Uhr, worauf eine einhalbstündige Pause eintrat. Die Entscheidung soll noch vor der Pause gefallen sein, doch wurde darüber Stillschweigen bewahrt. Wie es heißt, ist die Entscheidung im Sinne einer Ablehnung des Ultimatums erfolgt. In parlamentarischen Kreisen wird behauptet, daß Dr. Stresemann mehr und mehr dazu neige, die Annahme des Ultimatums als das kleinere Uebel anzusehen. Wenn Dr. Stresemann Reichskanzler würde, würde sich die Anomalie ergeben, daß ein Kanzler für die Unterschrift eintritt, der sich auf eine ihm wesensfremde Mehrheit stützen muß, während seine Partei seine Ansicht nicht teilt.

Im Zentrum wirkt Erzberger, der am Sonnabend in Berlin eingetroffen ist, eifrig für die Annahme des Ultimatums. Da nun die Sozialdemokraten die Entschließung gefaßt haben, das Ultimatum zu unterschreiben, meint man, daß, falls eine Einigung der drei Regierungsparteien nicht erzielt würde, ein Zusammengehen der Sozialdemokraten mit dem Zentrum in Frage käme. Jedenfalls hat sich Erzberger in letzter Zeit wieder in einer Weise bemerkbar gemacht, die darauf schließen läßt, daß er seine Stunde wieder für gekommen erachtet. In der demokratischen Fraktion, die gleichfalls heute abend zusammentritt, sind ebenfalls eine Anzahl Mitglieder der Ansicht, daß schließlich die Annahme des Ultimatums das kleinere Uebel wäre. Die einzige Partei, die geschlossen gegen die Unterschrift ist, ist die Deutschnationale Volkspartei.

Die Entschließung der Sozialdemokraten.

Berlin, 9. Mai. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß haben folgende gemeinsame Entschließung gefaßt: Die Annahme des Ultimatums der Entente hat nur dann einen Zweck, und die Besetzung des Ruhrgebietes ist nur dann zu verhindern, wenn die bayrische Regierung die vorbehaltlose Erklärung abgibt, die Einwohnerwehr rechtzeitig, d. h. bis zum 30. d. M., zu entwaffnen und aufzulösen. Die Forderungen der Entente in der Reparationsfrage widersprechen in einigen Punkten dem Friedensvertrage, überschreiten weitaus die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes und fordern unseren schärfsten Protest heraus. Aber unter dem Drucke der brutalen militärischen Gewaltandrohung, angesichts der unabsehbaren politischen und wirtschaftlichen Folgen ihrer Verwirklichung, besonders auch wegen der für Oberschlesien daraus entspringenden Gefahren, erklären sich Partei und Fraktion bereit, jeden ernsten Versuch zur Erfüllung des Londoner Finanzdiktats zu unterstützen. Der Versuch, die zur Erfüllung notwendigen Milliarden aus unserer Wirtschaft herauszuholen, muß jedoch schon in seinen Anfängen scheitern, wenn sich nicht jene Kreise des Bürgertums, die heute noch Leiter unserer Wirtschaft sind, für ihn mit allen Kräften einsetzen, und wenn nicht die notwendigen organisatorischen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die höchste Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands herbeizuführen. Ebenso hängt das Gelingen der bayrischen Entwaffnung vor allem von dem Willen und der politischen Einsicht des Bürgertums ab. Die Verantwortung für das kommende fällt daher in erster Linie dem Bürgertum und den es vertretenden Parteien zu. (W. T. B.)

Die U. S. P. hat für die Annahme des Ultimatums Stellung genommen. Die demokratische Fraktion faßt erst morgen früh über Annahme oder Ablehnung Beschluß. Auch das Zentrum hat sich seine Entschließung zunächst noch vorbehalten.

Bemerkenswert ist eine Aeußerung des ehemaligen Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Freiherrn v. Lersner, der der Deutschen Volkspartei angehört, gegenüber dem Vertreter eines hiesigen Abendblattes: Es handelt sich darum, ob wir gewillt sind, Bedingungen anzunehmen, von denen wir von vornherein wissen, daß wir sie nicht werden erfüllen können. Eine solche Politik wäre für mich gleichbedeutend mit der Politik einer bewußten Lüge. Ich bin überzeugt, daß es uns nicht gelingen würde, durch die Annahme des Ultimatums die Gewaltmaßnahmen der Entente zu vermeiden. Wir können sie höchstens aufschieben. In kurzer Zeit würde die Entente sich darauf berufen, daß wir irgendeine der Bedingungen nicht erfüllt haben, wozu ihr die Frage der Ostfestungen oder die Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren eine günstige Gelegenheit böten und sie würde dann den Vorwand gefunden haben, trotz unserer Annahme einzumarschieren. Ich bin also der Meinung, daß, wenn man eine ernste Politik treibt, sie sich nur für eine Ablehnung des Ultimatums aussprechen kann.

Optimismus eines deutschen Groß-Industriellen.

Berlin, 9. Mai. Der bekannte Großindustrielle Robert Friedländer tritt in der „Voss. Ztg." für die Annahme der Reparationsnote durch Deutschland ein. Das Reparationsultimatum sei sehr hart. Es gehe sicherlich über die Grenze der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes hinaus und sei nur erfüllbar unter der Voraussetzung, daß die Arbeitskraft, die Erfindsamkeit, der Unternehmermut der Deutschen wieder auf mindestens jene Höhe kommen, wie sie sie vor dem Kriege innehatten, daß ferner nicht weitere wesentliche Stücke von Deutschland abgetrennt werden oder eine dauernde Grenzbeunruhigung stattfinde, daß nicht der Ruhreinmarsch wie ein Damoklesschwert über uns schwebt, daß Deutschland im Wirtschaftsverkehr nicht gehemmt werde, sondern Unterstützung findet, da allein die Exportspanne, der Ueberschuß des Exportes über den Import als Zahlungsmittel dienen könne. Dies und andere Voraussetzungen seien stillschweigend in dem Reparationsultimatum enthalten. Der Geist dieses Ultimatums sei, Deutschland solle durch 42 Jahre zahlen, was es zahlen kann, nicht mehr aber nicht weniger, dazu seien wir verpflichtet, denn wir hätten einen ungeheuerlichen Krieg verloren. Das sei Schuld genug. Nach Annahme des Reparationsprogramms werde eine wesentliche Entspannung in der Welt eintreten. Von uns Deutschen werde der lähmende Druck der Ungewißheit genommen sein. Wir würden einen sehr dornigen und steilen Weg vor uns haben, aber an seinem Ende sehen wir ein Ziel, auf das wir hinarbeiten können. Es wird unsere Sache sein, die Volkswirtschaft so einzurichten, daß sie die zur Bezahlung der Reparationsquote erforderlichen Ueberschüsse abwerfe. Das werde im ersten und auch im dritten noch nicht möglich sein, aber es werde im fünften oder siebenten oder im neunten Jahre voraussichtlich möglich sein, und wir könnten hoffen, noch ein paar Jahrzehnte ernsten zielbewußten rationellen Arbeitens und sparsamen nüchternen spartanischen Lebens die Folgen der Weltkatastrophe zu überwinden.

Die Gewerkschaftsführer des Ruhrgebiets für Annahme

Bochum, 9. Mai. Die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsführer des Ruhrgebietes tritt für die Annahme des Ultimatums ein. Seit Sonntag treffen feldmarschmäßige Truppentransporte in Düsseldorf und Duisburg ein.

Auf dem Wege nach dem Rhein.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Saarbrücken, 9. Mai. Am Sonnabend und Sonntag rollten zahlreiche Militärzüge durch das Saargebiet. Auf den Landstraßen bewegten sich ohne Unterlaß Kraftwagenkolonnen und Tankgeschwader, welche sämtlich die Richtung nach dem Rhein aufnahmen. Der Hauptteil der französischen 15. Division wurde gestern über das Saargebiet nach der Rheinprovinz transportiert.

Landau, 9. Mai. In Landau und Kaiserslautern sind seit Sonnabend nachmittag mehrere große Truppenzüge sowie Materialzüge durchgekommen. Die Gewehre der Soldaten sind, wie einstens bei dem Ausmarsch in den Krieg, mit Blumen geschmückt. Das 13. französische Infanterieregiment ist in Landau eingerückt und hat hier Quartiere bezogen.

Kundgebungen gegen die französische Mobilisierung.

Paris, 9. Mai. Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" meldet aus Limoges und Belfort Kundgebungen gegen die Mobilisierung, die in Belfort trotz Verbotes des Präfekten stattgefunden haben. (W. T. B.)

Das Evangelium der Poincaré und Mercier.

Paris, 9. Mai. Poincaré hielt gestern in Brüssel einen Vortrag, in dem er besonders die Notwendigkeit einer englisch-französisch-belgischen Entente und die Aufrechterhaltung der Unterstützung der neuen Nationen, die durch den Frieden geschaffen wurden, Polen an der Spitze, betonte. Er erntete reichen Beifall. Kardinal Mercier erklärte, daß man den Sieg vollständig realisieren müsse und daß der Wunsch, den Feind der Zivilisation niederzuwerfen, dem Evangelium entspräche.

Wird das Nein gesprochen?

Drei Tage der uns von der raublüsternen Entente gelassenen sechstägigen Gnadenfrist, in der wir uns die Schlinge um den Hals legen sollen, sind verstrichen. Drei kostbare Tage, ohne daß etwas geleistet ist, ohne daß wir eine Regierung haben oder auch nur die Voraussetzung dafür durch eine Stellungnahme zum feindlichen Ultimatum geschaffen ist. Zwar sitzen die Reichsboten in Berlin, zerbrechen sich die Köpfe, sprechen über die Regierungsbildung, das Ultimatum, Oberschlesien und wieder über die Regierungsbildung, sie sind aber bisher nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Wir sehen dasselbe wohl typisch werdende Bild wie bei jeder Kabinettsbildung und durchkosten wieder einmal alle Nachteile des vielgepriesenen weder durch eine machtvolle Persönlichkeit, noch durch einen einheitlichen starken nationalen Willen gehemmten Parlamentarismus, der bei dem Hin- und Herlavieren der vielen kleinen Parteien zwischen nationaler Notwendigkeit und starren Parteidogmen keinen Ausweg findet, der uns im vorigen Jahre nach endlosen Mühen eine Minderheitsregierung im Reich, eine auf mehr als schwankender Basis errichtete und von der Gnade staatsfeindlicher Kommunisten abhängige Regierung in Sachsen und nach über zweimonatigen Verhandlungen ein Geschäftsministerium in Preußen gebracht hat. Und doch sind sich alle Parteien einig, daß wir das Ultimatum nicht erfüllen können, daß auch ein bis zur Selbstzerfleischung gehender guter Wille den Boulooner Wahnsinn nicht ausführen kann. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur zwischen den Politikern, die es nicht über sich gewinnen können, aufs neue eine Unterschrift unter unausführbare Bedingungen zu setzen, und denen, die aus den letzten beiden Jahren nichts gelernt haben, die aufs neue sich unterwerfen wollen, um eine kurze Frist zu gewinnen, um dann allerdings nach noch nicht einem Monat vor denselben Schrecken zu stehen, die sie jetzt vermeiden wollen, für die sie aber erst durch diese Unterschrift einen Rechtstitel geben.

Und das deutsche Volk? Das Volk steht, und das ist das Furchtbarste, das Niederdrückendste an der ganzen Situation, in seiner großen Masse abseits, es ist abgestumpft unter den zahlreichen Keulenschlägen der letzten Jahre, unter der Wucht erdrückender Ereignisse. Kein Aufschrei nationalen Lebenswillens geht durch das Volk, kein Verzweiflungsruf, keine überwältigende Kundgebung unseres Existenzrechts als Nation. Wir sind heute so weit, daß selbst politisch denkende und interessierte Leute sich am liebsten abwenden von den furchtbaren unerfreulichen Ereignissen der letzten Zeit. Der nationale Wille ist zu oft enttäuscht und unterdrückt worden. Wie anders ist heute das Bild, als in den Weimarer Tagen von 1919, als uns zum ersten Male das grausame Vernichtungswerkzeug des Versailler Vertrages bekannt wurde, als das „Unmöglich" wie ein Gewittersturm durch das Volk brauste, und als sogar ein Scheidemann das Wort prägte, daß die Hand verdorren müßte, die ihre Unterschrift unter diesen Vertrag setzte. Trotzdem fand sich im Parlament eine Mehrheit, die diesen Vertrag annahm, fand sich, von der Mehrheit der deutschen Volksvertretung geführt, die Hand, die das Schandwerk unterschrieb. Wieder raffte sich das Volk auf, als es Fehrenbach und Simons den Auftrag gab, in Spa keine neuen unerfüllbaren Bedingungen zu unterschreiben. Wieder wurde es betrogen. Und dann das gewaltige Aufbrausen, als die Pariser Wahnsinnsforderungen überreicht wurden, als Dr. Simons, von dem Gesamtwillen der Nation getragen, unseren guten Willen zur Vertragserfüllung im Rahmen der Leistungsfähigkeit betonte, aber den weitergehenden Forderungen ein Nein entgegensetzte. Damals stand das gesamte Volk hinter der Regierung, bekundete seinen festen Willen, auch das Schwerste auf sich zu nehmen, aber nicht unter das Joch zu gehen. Der begeisterte Empfang des gegen seinen Willen starken Simons war der sichtbare Ausdruck. Aber Dr. Simons hat es nicht verstanden, mit diesem Riesenkapital einheitlichen nationalen Willens zu arbeiten, er hat es nicht versucht, eine Einheitsfront zu schaffen, die damals einem zielbewußten Minister vielleicht gelungen wäre. Er hat vielmehr mit bedauerlich gutem Erfolge Breschen in diesen einheitlichen nationalen Willen gelegt, hat mit seiner „optimistischen" und „psychologischen" Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit, mit seinen Vorbereitungen für weitergehende Angebote, Zweifel im Volke über die Richtigkeit der Sachverständigengutachten und über die Grenzen der Leistungsfähigkeit großgezogen und hat durch sein verzweiflungsvolles Anklammern an den Strohhalm des Hardingschen Richterspruchs die Mutlosigkeit des deutschen Volkes auf die Spitze getrieben. Dadurch hat er dem deutschen Widerstand den letzten Rückhalt genommen. Nun ist das deutsche Volk müde geworden und steht den Dingen mit trostlosem Fatalismus gegenüber. Aber wir dürfen nicht schlafen, wir sind nur verloren, wenn wir uns selbst aufgeben. Darum müssen wir in erster Linie wollen. Einen einheitlichen Abwehrwillen eines 60-Millionen-Volkes können auch die schärfsten Zwangsmittel nicht töten. Kann